

Auf Kürzungen beim Weihnachtsgeld für Bundesbeamte verzichten

Die Verkehrsgewerkschaft GDBA und der dbb beamtenbund und tarifunion haben die Kürzung des Weihnachtsgeldes erneut kritisiert und die große Koalition zu einem Verzicht auf die Kürzungen für Bundesbeamte und Versorgungsempfänger aufgerufen.

Angesichts der sprudelnden Steuerquellen ist es nach Auffassung der Verkehrsgewerkschaft GDBA gerechtfertigt, wenn die mit dem Haushaltsbegleitgesetz 2006 einseitig bei den Beamten und Versorgungsempfängern gekürzten Sonderzahlungen wieder unvermindert gewährt würden.

Einseitige Kürzungen von einer Milliarde Euro

Derzeit werde bei den Beamten deformiert, einkassiert und Zukunft verbaut, sagte dbb Vize Ondracek. Union und SPD hätten den Bundesbeamten durch die Erhöhung der Arbeitszeit und Halbierung des Weihnachtsgeldes einseitige Kürzungen im Umfang von einer Milliarde Euro abverlangt. „Damit werden sie in einem Maß zur Konsolidierung der öffentlichen

Kassen herangezogen, das keine andere Berufsgruppe in den vergangenen Jahren hat hinnehmen müssen“, betonte Ondracek.

Festtagsstimmung verhagelt

Die rund 1,1 Millionen Betroffenen haben die Kürzungen mit der Auszahlung ihres Dezembergehalts 2006 erstmals schwarz auf weiß auf ihren Kontoauszügen feststellen müssen. Nach Ondraceks Worten ist ihnen die Festtagsstimmung dadurch verhagelt worden. „Die Kolleginnen und Kollegen sind sauer, empört und wütend“, sagte er. Die Regelung soll nach dem Willen der Bundesregierung noch bis zum Jahr 2010 anhalten.

Die Kürzungen gelten für 182 000 Bundesbeamte, 500 Richter, 190 000 Soldaten und

710 000 Versorgungsempfänger, zumeist pensionierte Post- oder Bahnbeamte. Die als Weihnachtsgeld bezeichnete Sonderzahlung wird nach dem Bundessonderzahlungsgesetz bis einschließlich 2010 halbiert. Für aktive Beamtinnen und Beamten bis Besoldungsgruppe A 8 fällt die Kürzung geringer aus, denn ihnen wird ein zusätzlicher Festbetrag von 125 Euro gezahlt.

Die Sonderzahlung für Versorgungsempfänger wird dagegen aufgrund einer wirkungsgleichen Anpassung an rentenrechtliche Bestimmungen (Belastung der Rentner mit dem vollen Beitrag zur gesetzlichen Pflegeversicherung seit 1. April 2004) um die Hälfte des Beitrags zur gesetzlichen Pflegeversicherung (0,85 von Hundert) für die im Kalenderjahr gezahlten Versorgungsbezüge gemindert. j.m.

Unter der Rufnummer 115 soll Bürgern künftig bei Problemen mit Behörden geholfen werden. Das berichtete das Hamburger Abendblatt. Demnach will Bundeskanzlerin Angela Merkel einen bundesweit einheitlichen Behörden-Notruf einführen. Sie regte dies auf dem IT-Gipfel in Potsdam am 18. Dezember 2006 an. Der dbb Bundesvorsitzende Peter Heesen fordert dafür zusätzliche Stellen.

Unter der Telefonnummer 115 sollen Experten künftig rund um die Uhr weiterhelfen – ganz gleich, ob es sich um ein Schlagloch oder Probleme mit Antragsformularen handelt. Das Bundesinnenministerium bestätigte entsprechende Überlegungen. Damit dies gelingt, sollen alle Behörden von Bund, Ländern und Kommunen tech-

Merkel will Hilfe rund um die Uhr

nisch miteinander vernetzt werden.

Für das Projekt zuständig ist das erst kürzlich gegründete Isprat-Institut, das Wissenschaftler sowie Unternehmen wie IBM, Microsoft und SAP ins Leben gerufen haben. Isprat steht für „Interdisziplinäre Studien zu Politik, Recht, Administration und Technologie“. Schirmherr ist der hessische Ministerpräsident Roland Koch (CDU).

In diesem Zusammenhang fordert der dbb Bundesvorsitzende Peter Heesen in einem Interview mit der „Sächsischen Zeitung“ (Ausgabe vom 28. De-

zember 2006) zusätzliche Stellen. Denn über eines müssen wir uns im Klaren sein: Das ist eine zusätzliche Dienstleistung, die durch Personal unterfüttert werden muss. Das Anliegen des Bürgers muss an die zuständige Stelle weitergeleitet werden. Ohne zusätzliche Stellen geht das nicht.

dbb fordert für zusätzliche Arbeit zusätzliche Stellen

Heesen weist auch auf Schwierigkeiten bei der Realisierung hin. Die Föderalismusreform stärkt die Zuständigkeit der einzelnen Länder, außerdem haben wir eine kommunale

Selbstverwaltung. Um beim Beispiel Finanzverwaltung zu bleiben: Für die Finanzämter ist eindeutig das jeweilige Land und nicht der Bund zuständig.

Vorbild für das Projekt ist der Bürgerservice in New York. Ziel der deutschen Projektplaner ist, nicht nur Anfragen weiterzuleiten, sondern auch qualifiziert Auskunft zu geben.

Ob „115“ wirklich flächendeckend eingeführt wird, muss abgewartet werden. Die Realisierung der Rufnummer 115 würde auf jeden Fall eine enge Zusammenarbeit von Bund, Ländern und Kommunen voraussetzen, damit den Anrufern wirklich in allen Fällen geholfen werden kann. Deshalb dürfte die Umsetzung des Vorhabens mehrere Jahre dauern. Projektbeginn soll nach Möglichkeit der 1. März 2007 sein.